

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 14. Oktober 2010

Keine Gefahr für Stammkräfte

Die Zeitarbeitsbranche hat die Krise überwunden und steuert auf eine neue Rekordmarke zu. Das ergibt eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Zeitarbeitsunternehmen (BZA). Danach waren im Juni 2010 rund 826.000 Arbeitnehmer in der Zeitarbeit beschäftigt – 200.000 mehr als ein Jahr zuvor. Trotz aller Dynamik ist Zeitarbeit allerdings nur eine Arbeitsmarktnische. Denn nur jeder 50. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hat einen Vertrag mit einem Zeitarbeitsunterneh-

men. Befürchtungen, Zeitarbeitnehmer würden Stammebelegschaften verdrängen, entbehren vor diesem Hintergrund jeder Grundlage. Nennenswerte Bedeutung erlangt die Zeitarbeit indes in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes – etwa bei Hilfsarbeitern. Mehr als jede dritte Stelle wird hier mit einer Zeitarbeitskraft besetzt. Ein zweiter Schwerpunkt liegt bei Facharbeitern in Metall- und Elektroberufen. Doch obwohl hier rund 90.000 Zeitarbeitnehmer tätig sind, stellen sie je nach Beruf allenfalls 5 Prozent der jeweiligen Beschäftigten.

In dieser Woche

Kommunalwirtschaft: Die Kommunen haben zuletzt – anders als der Bund – die Zahl ihrer Unternehmen deutlich erhöht. Besonders viele Städte entdecken die Energieversorgung als lukratives Geschäftsfeld. Dabei profitieren die Kommunen von steuerlichen Vorteilen. Seite 2

Preise: Trotz anziehender Konjunktur beträgt die Inflationsrate in diesem Jahr nur 1 Prozent. Lediglich bei den Rohstoffen gibt es Ausreißer: Während die Preise für Energierohstoffe nur leicht zulegten, schossen sie für Eisenerz und Stahlschrott in die Höhe. Seite 3

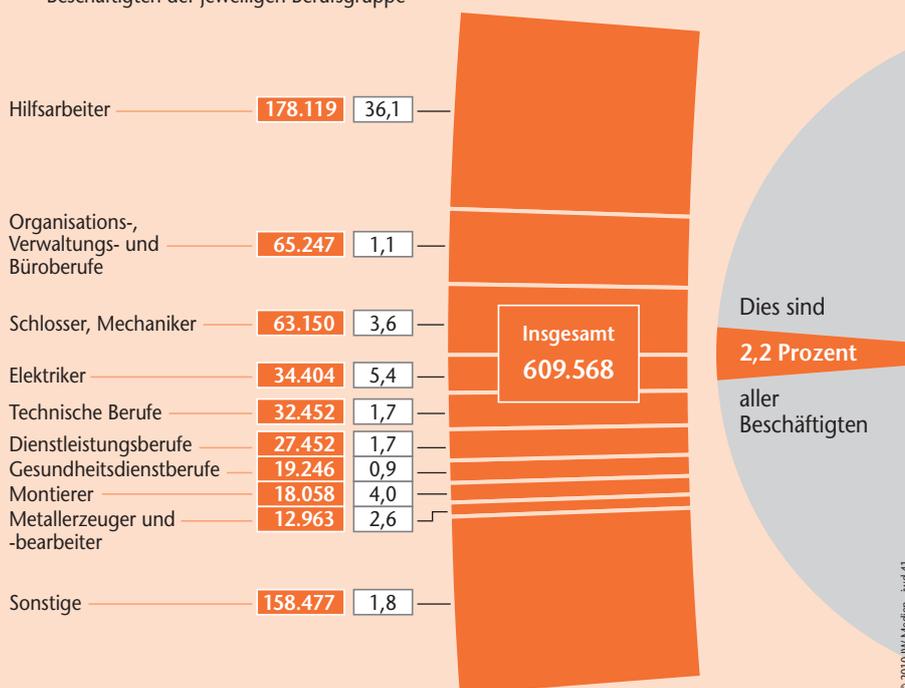
Achtjähriges Gymnasium: Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre ist zwar bundesweit eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. In der Folge gibt es in naher Zukunft fast jährlich in einem oder mehreren Bundesländern doppelte Abiturientenjahrgänge. Die Hochschulen stellen sich bereits auf den Ansturm ein. Seite 4-5

USA: Die Kongresswahlen im November werden für US-Präsident Obama zu einer Belastungsprobe: Die konjunkturelle Erholung ist zuletzt ins Stocken geraten, und die Arbeitslosigkeit bleibt für US-Verhältnisse ungewöhnlich hoch. Probleme wie die gigantische Staatsverschuldung lassen sich ohnehin nicht von heute auf morgen beheben. Seite 6-7

TV-Politiksendungen: Politikmagazine haben es im deutschen Fernsehen noch schwerer als politische Talkshows. Bislang finden weder die öffentlich-rechtlichen noch die privaten Sender ein Rezept gegen die bröckelnden Zuschauerzahlen. Seite 8

Zeitarbeitnehmer: In welchen Berufen sie arbeiten

In Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der jeweiligen Berufsgruppe



Stand: Ende Juni 2009
 Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Kommunalwirtschaft

Gemeinden spielen Unternehmer

Kommunen engagieren sich – anders als der Bund – immer stärker wirtschaftlich. Besonders viele Städte entdecken die Energieversorgung als lukratives Geschäftsfeld. Aber auch in anderen Bereichen wie der Entsorgung gibt es eine direkte Konkurrenz zu privaten Unternehmen. Dabei profitieren die Kommunen jedoch von steuerlichen Vorteilen.*)

Städte und Gemeinden spielen immer häufiger Unternehmer (Kasten). Zwischen 2000 und 2007 stieg die Zahl der kommunalen Unternehmen in den Flächenbundesländern um rund ein Fünftel auf knapp 13.000 Firmen. Dabei picken sich die Kommunen offenbar die Rosinen aus dem Kuchen: Der Umsatz legte nämlich wesentlich stärker zu – er erhöhte sich im gleichen Zeitraum um zwei Drittel auf 213 Milliarden Euro.

Wer als Mieter oder Eigenheimbesitzer des Öfteren von den Stadtwerken Post

erhält mit dem Inhalt „Leider müssen wir die Preise erhöhen“, kann sich ausmalen, dass die Kommunen ihr Angebot keineswegs aus Altruismus bereitstellen. So haben die Kommunen zuletzt Gewinne in Höhe von 9,9 Milliarden Euro erzielt – im Jahr 2000 waren es erst 4,5 Milliarden Euro.

Weil Städte und Gemeinden mit den Überschüssen von E-Werken auch die defizitären Schwimmbäder oder Opernhäuser subventionieren, blieben 2007 unter dem Strich 4,9 Milliarden Euro übrig. Im Jahr 2000 waren es nur 1,3 Milliarden Euro.

Vor allem die Kommunen in den Ballungsgebieten haben eigene Unternehmen als Cashcow entdeckt (Grafik):

Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen hat 2007 die mit Abstand höchsten Umsätze erzielt, nämlich 48,5 Milliarden Euro.

Nicht viel weniger erwirtschafteten die Stadtwerke und andere städtische Firmen in Baden-Württemberg. In beiden Ländern haben die kommunalen Dienstleister zudem im vergangenen Jahrzehnt ihre Umsätze fast verdoppelt.

Besonders profitabel sind dabei die Gemeindebetriebe im Ländle: Bei ihnen bleiben – nach Verrechnung mit den Verlusten – 2007 unter dem Strich rund 2,6 Milliarden Euro kleben. Nordrhein-Westfalen kommt auf 1,2 Milliarden Euro und Bayern auf fast 450 Millionen Euro.

Die wirtschaftlichen Erfolge der kommunalen Unternehmen resultieren allerdings zu einem nicht unerheblichen Teil daraus, dass in Deutschland das Steuerrecht zulasten der privaten Wettbewerber verzerrt ist:

Wo sich Kommunen engagieren

Die Kommunen haben sich für ihre Aktivitäten vor allem drei Bereiche ausgesucht: die Energiewirtschaft, den Gesundheitssektor und die Abfallbeseitigung. Allein in der Abfallwirtschaft wuchs der Umsatz zwischen 2000 und 2007 bundesweit um ein Drittel auf 18,3 Milliarden Euro. Auf diesem Gebiet gibt es einen ausgeprägten Trend zur Re-Kommunalisierung. Im Energiesektor hat sich der Umsatz im gleichen Zeitraum auf 106,2 Milliarden Euro mehr als verdoppelt – immer mehr Gemeinden verdienen mit dem Verkauf von Strom, aber auch mit den Subventionen für erneuerbare Energien viel Geld.

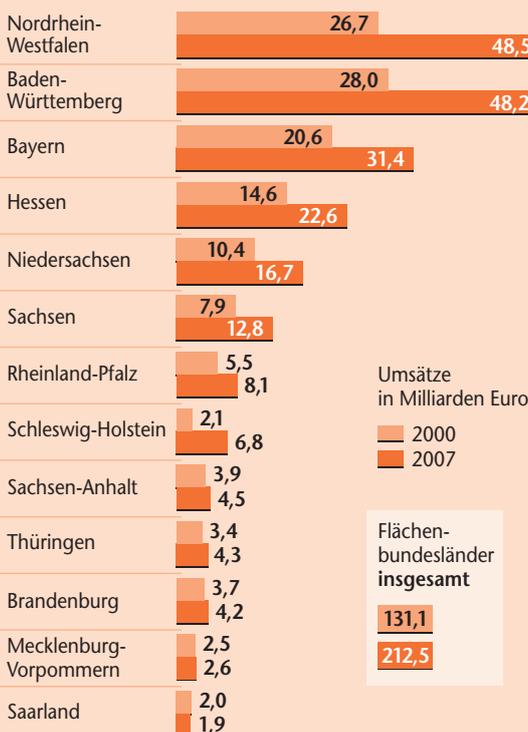
Während die städtischen Verkehrsbetriebe und Kulturstätten chronisch defizitär wirtschaften, sind Abfall- und Energiebetriebe äußerst lukrativ: Die Gewinne sind im Energiesektor von 2000 bis 2007 um 2,1 Milliarden Euro auf nahezu 5 Milliarden Euro gestiegen, in der Abfallwirtschaft um fast 550 Millionen Euro auf fast 680 Millionen Euro.

1. Ertragsbesteuerung. Der sogenannte kommunale Querverbund erlaubt es den Gemeinden, dauerhafte Verluste aus Schwimmbädern oder Bibliotheken mit Gewinnen aus profitablen Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben zu verrechnen. Private Versorgungs- oder Entsorgungsunternehmen können dagegen ihre Gewinne nicht in diesem Umfang durch eine großzügige Verlustberechnung der Besteuerung entziehen.

2. Körperschaftsteuer. Sie fällt für hoheitliche Tätigkeiten der Kommunen nicht an. Was diese sind, wird aber sehr weit ausgelegt. So wurde in einem Urteil sogar der gewinnträchtige Verkauf von Müllsäcken als hoheitlich und damit als steuerbefreit definiert.

Wenn der Gesetzgeber schon nicht dafür sorgt, dass die Kommunen ihre wirtschaftliche Betätigung auf notwendige Bereiche beschränken, so sollte er wenigstens beim Steuerrecht das Dumping abstellen.

Kommunale Unternehmen: Rasantes Wachstum



© 2010 IW Medien - iwd 41

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

*) Vgl. Hubertus Bardt, Winfried Fuest, Karl Lichtblau: Kommunale Unternehmen auf Expansionskurs, in: IW-Trends 3/2010

Preise & Kosten: Moderate Teuerung

Trotz anziehender Konjunktur be trägt die Inflationsrate in diesem Jahr nur 1 Prozent, im kommenden wird sie auf etwa 1,5 Prozent klettern. Lediglich bei den Rohstoffen gibt es Ausreißer: Während die Preise für Energierohstoffe nur leicht zulegten, schossen sie für Eisenerz und Stahlschrott in die Höhe.

Die Inflationsraten bewegen sich in Deutschland in ruhigem Fahrwasser. In den ersten neun Monaten dieses Jahres lagen die Verbraucherpreise um 1,0 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Auch für das gesamte Jahr 2010 rechnen die Prognostiker mit einer Geldentwertung von gut 1 Prozent.

Im kommenden Jahr dürfte die Teuerung ebenfalls kaum über 1,5 Prozent steigen. Derzeit gibt es keine nennenswerten Spielräume für Preissteigerungen. Die Konjunktur ist noch in der Erholungsphase und die Lohnstückkosten sind nach dem – durch Kurzarbeit hervorgerufenen – starken Anstieg im vergangenen Jahr wieder rückläufig.

Allerdings kommen von den Rohstoffmärkten derzeit gemischte Signale: Zum einen lagen die Rohstoffpreise auf Basis des HWWI-Rohstoffpreisindex zuletzt um knapp 14 Prozent über dem Vorjahreswert. Zum anderen sind sie damit aber immer noch weit entfernt von den Höchstwerten in der ersten Jahreshälfte 2008.

Deutlich tiefer in die Portemonnaies greifen müssen allerdings die Einkäufer von Eisenerz und Stahlschrott. Die Preise für diese Rohstoffe sind vor allem im April dieses Jahres sprichwörtlich explodiert – mit einem Plus von fast 60 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im August lagen sie dann um fast 90 Prozent über dem Vorjahreswert und sogar um 20 Prozent über dem letzten Höchstwert vom Sommer 2008.

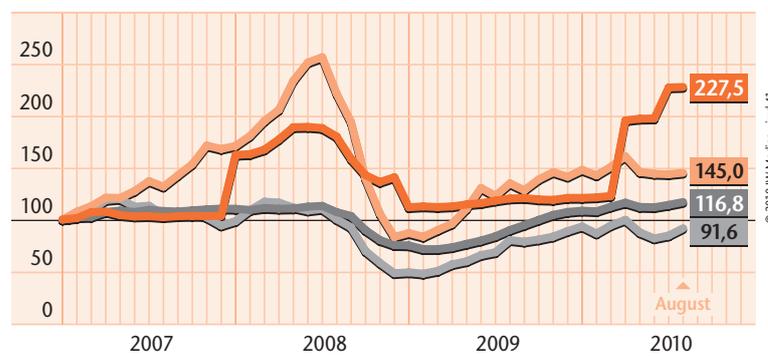
Dagegen war bei den Energierohstoffen vergleichsweise wenig Druck in der Pipeline. Die Preise lagen im August 2010 zwar um knapp 74 Prozent über dem Tiefpunkt vom ersten Quartal 2009, aber noch um 43 Prozent unter dem Top-Stand vom Sommer 2008.



Die Konjunktur

Rohstoffe: Stahlpreis kocht wieder hoch

Weltmarktpreise in Dollar, Januar 2007 = 100

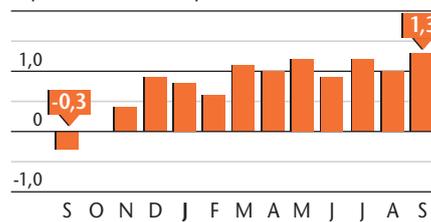


Quelle: HWWI

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verbraucherpreise

Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
September 2009 – September 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
	2,3	2,6	0,4

September 2010 Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent

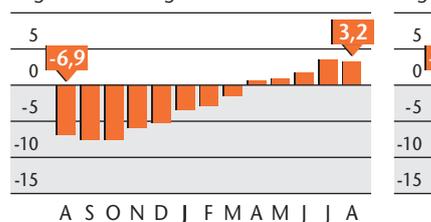
Nahrungsmittel	3,0
Verkehr	2,8
Mieten, Energie	1,6
Bildung	1,2
Hotel, Gastronomie	1,0
Gesundheitspflege	0,9
Bekleidung, Schuhe	0,5
Alkohol, Tabak	0,3
Haushaltsgegenstände	0,0
Freizeit	-0,1
Nachrichtenübermittlung	-2,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Erzeugerpreise

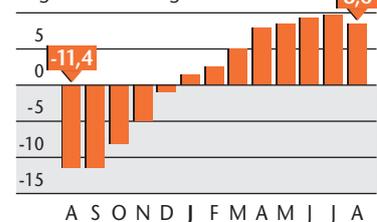
Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
August 2009 – August 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
	1,3	5,5	-4,2

Importpreise

Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
August 2009 – August 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
	0,7	4,6	-8,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Achtjähriges Gymnasium Schnelles Abi – und was dann?

Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre ist zwar bundesweit eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. In der Folge strömen in den nächsten Jahren fast jährlich in irgendeinem Bundesland doppelte Abiturientenjahrgänge aus den Schulen. Das beschert Deutschland bis 2015 ein sattes Plus an Erstsemestern. Doch die Hochschulen stellen sich bereits auf den Ansturm ein.

Kaum ist die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre (G 8) flächendeckend in allen Bundesländern eingeführt, steht sie auch schon wieder auf der Kippe: Zuerst überließ Schleswig-Holstein es seinen Gymnasien, die achtjährige Schulzeit wieder auf neun Jahre zu verlängern. Und nun steht das G 8 auch in Nordrhein-Westfalen zur Disposition – so stellt die neue rot-grüne Landesregierung die einst von einer ebenfalls rot-grünen Landesregierung mitgetragene Entscheidung zur Schulzeitverkürzung wieder infrage. Ähnlich wie im Norden soll in NRW zumindest ein Teil der Gymnasien selbst darüber entscheiden dürfen, ob die Schüler in acht oder neun Jahren die Hochschulreife erwerben. Künftig sollen große Gymnasien sogar beide Laufzeitmodelle parallel anbieten können.

Ursache für dieses Hin und Her ist die nicht enden wollende Kritik am G 8.

Viele Eltern, Lehrer und Schüler äußerten in der Vergangenheit ihren Unmut über das Turbo-Gymnasium: Die Reform sei überstürzt eingeführt und Lehrpläne seien nicht ausreichend entrümpelt worden. Immer wieder beklagt wurde auch die vielerorts zunächst vernachlässigte Frage der mittäglichen Versorgung, die aufgrund des häufigeren Nachmittagsunterrichts notwendig ist.

Viele dieser Anlaufschwierigkeiten sind mittlerweile gelöst. Auch den handwerklichen Mangel, die Verkürzung der Schulzeit in der Sekundarstufe I statt in der Sekundarstufe II vorzunehmen, versuchen viele Bundesländer derzeit auszugleichen.

Bei all diesen Unzulänglichkeitsdebatten geraten die wesentlichen Gründe für die Einführung des achtjährigen Gymnasiums zunehmend aus dem Blickfeld. Dabei gibt es eine ganze Reihe

bildungs- und arbeitsmarktökonomischer Motive:

1. Deutsche Schulabsolventen sind im internationalen Vergleich zu alt – fast überall auf der Welt ist nach dem 12. Schuljahr Schluss. Schülerinnen sind hierzulande 20 Jahre alt, wenn sie das Abi in der Tasche haben, männliche Abiturienten sind im Durchschnitt sogar noch ein paar Monate älter. Bis die Hochschulabsolventen den Weg an die Uni finden, vergehen wieder etliche Monate: Im Schnitt sind Erstsemester in Deutschland 21,9 Jahre alt.

2. Je älter die Schüler, desto älter die Hochschüler. Bis deutsche Studenten die Uni oder Fachhochschule mit einem Abschluss verlassen, haben sie fast 28 Jahre auf dem Buckel – und sind damit mit Abstand die europaweit ältesten Studienabsolventen.

3. Die demografische Entwicklung fordert ihren Tribut: Um den drohenden Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen, reicht es künftig nicht aus, das Renteneintrittsalter zu erhöhen und die Menschen jenseits der 65 einfach länger arbeiten zu lassen.

Vielmehr müssen auch junge, qualifizierte Menschen durch das Absenken des Absolventenalters früher in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse kommen als heute.

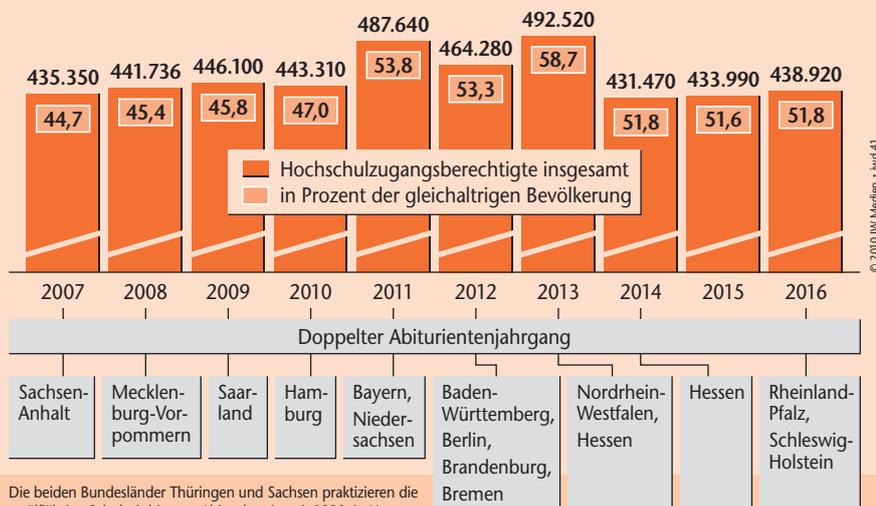
Auf diese Weise tragen sie außerdem frühzeitig zur Sicherung der Sozialversicherungsansprüche bei.

In den meisten Bundesländern ist die Umstellung auf das G 8 noch im vollen Gang: Während Fünftklässler inzwischen überall automatisch in die verkürzte Gymnasialzeit einmünden, pauken in einigen Bundesländern die älteren Schüler noch neun Jahre lang für das Abitur. Lediglich in fünf Ländern ist das G 8 bereits für alle Jahrgänge Standard (Grafik). Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein etwa haben als letzte Bundesländer erst 2008/2009 mit der Umstellung begonnen – bis sie abgeschlossen ist, vergehen noch sechs Jahre.

Strategischer Grund für den achtjährigen Zeitkorridor bei der Einführung des

Abitur: Stärkster Doppeljahrgang 2013

Durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre (G 8) machen bis 2016 immer wieder zwei Schuljahrgänge in einem oder mehreren Bundesländern parallel Abitur



G 8 ist, den Run der doppelten Abiturientenjahrgänge auf die Hochschulen besser abfedern zu können. Denn vielerorts sind Studienplätze schon heute rar:

Die Kultusministerkonferenz rechnet damit, dass es aufgrund der doppelten Abiturientenjahrgänge bundesweit zwischen 2011 und 2015 etwa 275.000 zusätzliche Studienanfänger geben wird.

Ob es zu einem Gerangel um Studienplätze kommen wird oder nicht, hängt von vielen Faktoren ab – etwa von der Übergangsquote an die Hochschulen. Im Saarland, in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern, wo bereits doppelte Abi-Jahrgänge entlassen wurden, haben sich laut Statistischem Bundesamt die Studienanfängerquoten aufgrund des G 8-Effekts nur marginal erhöht. Eine stärkere Dynamik geht vielmehr von der generell erhöhten Studierneigung, dem Erfolg politischer Programme sowie von den Anstrengungen der Hochschulen aus.

Aktuell entscheiden sich 32 Prozent der Abiturienten noch im Jahr des Schulabschlusses für ein Studium. Im Verlauf weiterer fünf Jahre schreiben sich dann im Schnitt noch mal fast 40 Prozent der ehemaligen Gymnasiasten an einer Uni oder Fachhochschule ein, sodass unterm Strich 71 Prozent der Hochschulzugangsberechtigten ein Studium aufnehmen.

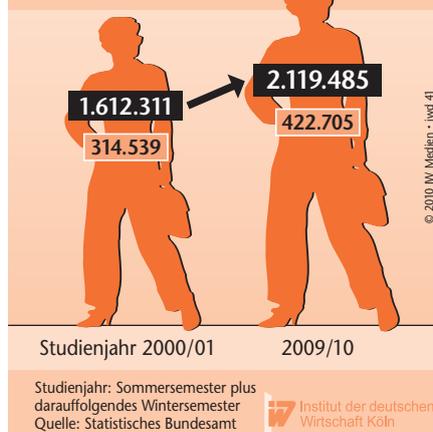
So oder so wird spätestens 2013, wenn im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW ein doppelter Abiturientenjahrgang die Gymnasien verlässt, nicht immer alles reibungslos für die Jugendlichen laufen. Die Hochschulen und die Betriebe versuchen zwar längst, sich auf den Ansturm einzustellen; doch auch abseits der klassischen Ausbildungswege gibt es Alternativen. Ein Überblick:

Studium. Die Zahl der Erstsemester steigt. Im Wintersemester 2009/2010 gab es etwa 420.000 Studienanfänger in Deutschland, das sind rund 100.000 mehr als vor zehn Jahren (Grafik). Im Jahr 2013 könnte es nach neuen Prognosen sogar noch 10 Prozent mehr Studierwillige geben. Um diesen Trend sowie die doppelten Abiturjahrgänge zu bewältigen, haben Bund und Länder einen Hochschulpakt geschnürt, der bis 2020 insgesamt zusätzlich 18 Milliarden Euro für die Hochschulbildung und -forschung bereitstellt.

Studenten: 500.000 mehr als vor zehn Jahren

Studenten insgesamt in Deutschland

■ Studenten im ersten Semester



Nordrhein-Westfalen beispielsweise hat sich in diesem Rahmen verpflichtet, weitere 11.000 neue Studienplätze mit dem Schwerpunkt bei den dualen, also mit einer Berufsausbildung kombinierten Studiengängen zu schaffen; Bayern und Baden-Württemberg werden zusammen sogar 54.000 neue Studienplätze bereitstellen. In Ostdeutschland ist all das gar nicht nötig – dort dürfte die Zahl der potenziellen Studienplatzbewerber aufgrund des demografischen Wandels nämlich bis 2015 um mehr als 46.000 sinken.

Weitere Entlastungseffekte versprechen sich Bildungspolitiker von den neuen Hochschulabschlüssen, die eine kürzere Studienverweildauer zur Folge haben. Bachelor-Absolventen brauchen im Schnitt nur 7,7 Semester bis zum Abschluss.

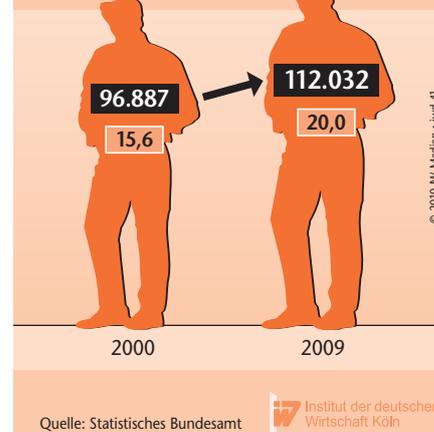
– **Auslandsstudium.** Angesichts überfüllter heimischer Hörsäle ziehen viele junge Leute für das Studium ins Ausland. Besonders beliebt sind die Niederlande: Hier studierten zuletzt knapp 17.000 Deutsche, 2002 waren es noch zwei Drittel weniger. Auch nach Österreich (14.800), Großbritannien (11.700), in die Schweiz (9.800) und die USA (8.900) zieht es viele deutsche Studenten.

– **Duales Studium.** Neben dem traditionellen Hochschulstudium gibt es auch duale Studiengänge, die ein Studium mit einer Berufsausbildung kombinieren. Bundesweit absolvieren derzeit fast 50.000 junge Leute solch ein Studium.

Auszubildende: Jeder fünfte hat das Abi

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit Hochschulzugangsberechtigten

■ in Prozent aller neuen Auszubildenden



– Weitere Studienmöglichkeiten. Auch an privaten Fachschulen und Berufsfachschulen, die etwa mit ausländischen Hochschulen oder den Fachhochschulen der Wirtschaft kooperieren, kann man einen Bachelor-Abschluss machen.

Berufsausbildung. Für viele Abiturienten ist eine duale Berufsausbildung eine echte Alternative zum Studium. Während vor zehn Jahren erst 15 Prozent der neu gestarteten Azubis das Abi hatten, sind es mittlerweile 20 Prozent (Grafik).

Dieser Trend dürfte sich angesichts der rückläufigen Absolventenzahlen von Haupt- und Realschulen – minus 10 Prozent bis 2015 – künftig noch verstärken. Werden zudem weiterhin 20 Prozent der Schulabgänger als Risikoschüler entlassen, denen es an der geeigneten Qualifikation für eine Ausbildung fehlt, werden viele Betriebe zunehmend Abiturienten für ihre Lehrstellen rekrutieren.

Freiwilligendienst. Allein in diesem Jahr entschlossen sich mehr als 40.000 junge Leute, ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr zu absolvieren. Der gesetzlich geregelte Freiwilligendienst führt längst nicht nur ins Altenheim oder Jugendzentrum um die Ecke. So schickt etwa das Auswärtige Amt seit 2009 jährlich 400 junge Männer und Frauen in Entwicklungsländer, wo sie zum Beispiel bei einer UNESCO-Nationalkommission oder in einem Goethe-Institut mitarbeiten können.

Nobelpreis für Suchtheorie

Stichwort

Den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2010 erhalten die beiden US-Amerikaner Peter Diamond vom Massachusetts Institute of Technology und Dale Mortensen von der Northwestern University sowie der an der London School of Economics lehrende Brite Christopher Pissarides. Die Preisträger haben maßgeblich die Entwicklung der Suchtheorie für Arbeitsmärkte vorangetrieben.

Die Suchtheorie erklärt, warum es auf dem Arbeitsmarkt zum einen offene Stellen gibt, die nicht besetzt werden können, zum anderen Arbeitslose, die keinen passenden Job finden. Die Grundidee ist simpel: Individuen suchen nach Arbeit und erhalten Beschäftigungsangebote, deren Zahl und Beschaffenheit von verschiedenen Faktoren wie etwa der allgemeinen Wirtschaftslage und der Geschwindigkeit des Strukturwandels abhängen.

Die Arbeitssuchenden haben aber keine vollständigen Informationen über alle existierenden Jobangebote, und sie müssen Suchkosten in Kauf nehmen. Derjenige, der ein Arbeitsplatzangebot erhält, wird die Erträge dieses Angebots – im Wesentlichen den Lohn – mit diesen Kosten vergleichen. Erst wenn die Erträge die Kosten übersteigen, kann ein „Match“ zwischen Angebot und Arbeitssuchendem stattfinden.

Die Kosten der Annahme einer Jobofferte sind überwiegend Opportunitätskosten. Sie entstehen dadurch, dass die Chance aufgegeben wird, durch weiteres Suchen ein besseres Stellenangebot zu erhalten. Zusammen mit weiteren Faktoren (z. B. der Qualifikation) bestimmen diese Kosten den Anspruchslohn, den ein Arbeitssuchender mindestens verlangt, um ein Arbeitsangebot anzunehmen. Dabei berücksichtigt der Suchende gegebenenfalls auch das Einkommen, das er im Falle der Beschäftigungslosigkeit erhält, zum Beispiel Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Je höher sie sind, desto eher wird der Arbeitssuchende ein Angebot ablehnen und seine Suche fortsetzen, denn er verliert ja im Falle der Annahme eines Jobangebots das Einkommen aus der Arbeitslosenunterstützung.

Eine Erkenntnis der Suchtheorie ist daher, dass die Arbeitslosenversicherung zu einer Verlängerung der Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit und damit zu einer höheren Arbeitslosigkeit insgesamt beiträgt.

USA

Hoffen auf Besserung

Die Kongresswahlen im November werden für US-Präsident Barack Obama zu einer ersten Belastungsprobe. Denn für die erfolgswöhnten Amerikaner läuft es derzeit wirtschaftlich alles andere als gut. Die konjunkturelle Erholung ist zuletzt ins Stocken geraten, die Arbeitslosigkeit bleibt für US-Verhältnisse ungewöhnlich hoch und Probleme wie die gigantische Staatsverschuldung lassen sich ohnehin nicht von heute auf morgen beheben.

„It's the economy, stupid!“, so der Wahlkampfeslogan von Bill Clinton im Jahr 1992. Und dass die Wirtschaft für das Votum der US-Wähler tatsächlich entscheidend ist, erfährt Barack Obama derzeit besonders schmerzlich: In manchen Umfragen stellt ihm mehr als die Hälfte der Amerikaner ein schlechtes Zeugnis aus; vor allem in der Wirtschaftspolitik trauen viele den Republikanern mittlerweile mehr zu als Obamas Demokraten.

Dabei läuft die US-Wirtschaft auf den ersten Blick gar nicht so schlecht:

In diesem und im nächsten Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA um voraussichtlich jeweils rund 2 1/2 Prozent wachsen.

Verglichen mit anderen Industriestaaten ist das ordentlich. In der Eurozone beispielsweise wird das reale BIP in

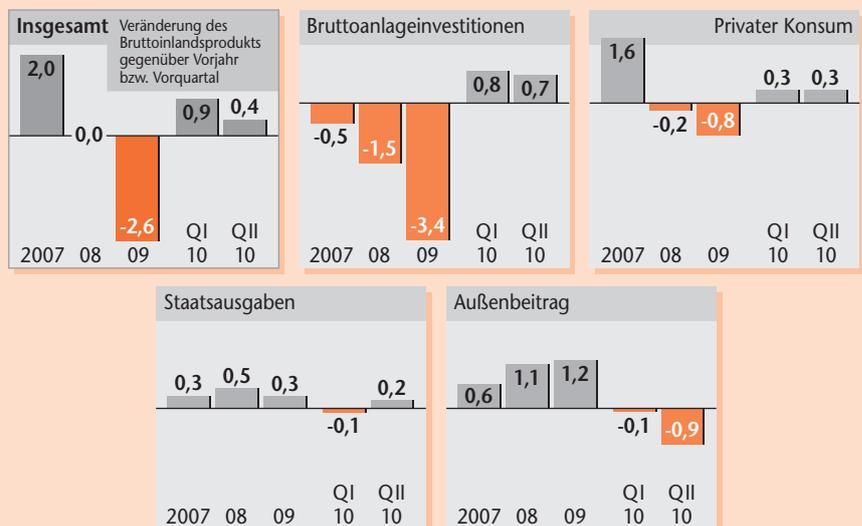
diesem Jahr lediglich um 1 1/2 Prozent und 2011 um nur 1 1/4 Prozent zulegen, sagen Wirtschaftsexperten.

Doch die relativ guten US-Zahlen täuschen darüber hinweg, dass sich das Land 2010 mit Problemen konfrontiert sieht, die es in dieser Form bisher nicht kannte: Zwar schien sich die US-Wirtschaft im vergangenen Winterhalbjahr und auch in diesem Frühling zu berappeln, doch über die letzten Wochen und Monate schwächte sich das Wachstum wieder merklich ab.

Dennoch wird sich der Erholungsprozess insgesamt – nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise – auch in den USA fortsetzen, allerdings mit einem etwas geringeren Tempo. Denn in einigen Bereichen gibt es zwar gute, in anderen aber auch schlechte Nachrichten:

USA: Krise noch lange nicht vorbei

Zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts trugen diese Bereiche so viele Prozentpunkte bei, gegenüber dem jeweiligen Vorjahr bzw. Vorquartal



Außenbeitrag: Exporte minus Importe
 Ursprungsdaten: U. S. Bureau of Economic Analysis

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

• **Investitionen.** Während die Unternehmen in der Wirtschafts- und Finanzkrise Investitionen eher gescheut haben, hat sich das Bild mittlerweile gewandelt. So stiegen die Bruttoanlageinvestitionen im ersten Halbjahr 2010 um fast 17 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Auch die Bauinvestitionen entwickelten sich zuletzt positiv und brachten die Wirtschaft wieder in Schwung. Dabei wirkten gerade sie in den vergangenen Jahren noch als Wachstumsbremse – so sanken die Bauinvestitionen in den Jahren 2007 bis 2009 um jahresdurchschnittlich mehr als 23 Prozent.

• **Privater Konsum.** Die Shoppingbegeisterung der US-Bürger galt viele Jahre als Garant für ein üppiges Wirtschaftswachstum. Doch während der Krise hielten die Amerikaner ihr Geld lieber zusammen; daran hat sich bis heute kaum etwas geändert (Grafik Seite 6):

In den Jahren 2008 und 2009 war der Wachstumsbeitrag des privaten US-Konsums zum realen BIP mit 0,2 bzw. 0,8 Prozentpunkten negativ. Und in den ersten beiden Quartalen 2010 lag er gerade einmal mit 0,3 Prozentpunkten im Plus.

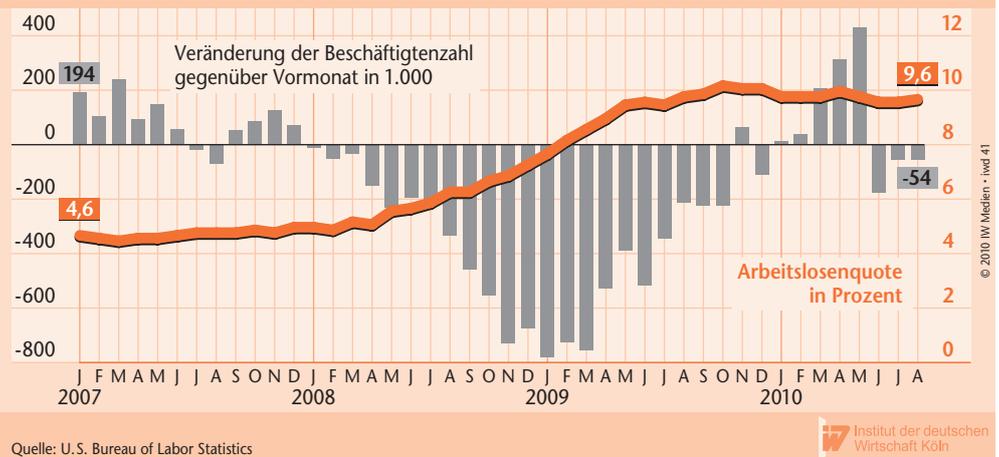
Zudem lässt die nach wie vor extrem hohe Verschuldung den Amerikanern wenig Spielraum für ausgedehnte Einkaufstouren – auch wenn die Verschuldungsquote der privaten Haushalte über die vergangenen Quartale hinweg um 1,5 Prozentpunkte gesunken ist.

Wichtig für die US-Wirtschaft ist die Frage, ob die Bürger zu alter Konsumfreude zurückfinden – was bisher alles andere als sicher ist. Denn nach wie vor leiden viele Hausbesitzer unter den gesunkenen Immobilienpreisen. In der Folge waren etliche von ihnen gezwungen, ihre Häuser zu Dumpingbeträgen zu verkaufen.

Für Immobilienkredite und für Konsumschulden mussten die US-Bürger in den vergangenen Quartalen durchschnittlich gut 12 Prozent ihres verfügbaren Einkommens aufwenden.

Außerdem hat die wirtschaftliche Unsicherheit zu einem für US-Verhältnisse deutlichen Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte geführt (vgl. iwd

USA: Viele ohne Job



16/2010). Betrug die Quote im Jahr 2008 noch 4 Prozent, lag sie im zweiten Quartal dieses Jahres bereits bei gut 6 Prozent – ein hoher Wert für die Amerikaner, die normalerweise nicht als Volk von Sparfüchsen gelten.

• **Arbeitsmarkt.** Dass der private Konsum derzeit schwächelt, liegt vor allem an der für die USA ungewöhnlich prekären Arbeitsmarktlage. Die Angst vor einem Jobverlust sowie die geringe Aussicht auf eine neue Anstellung verderben so manchem Amerikaner die Shoppinglaune (Grafik):

Im Durchschnitt der vergangenen zwölf Monate bis August dieses Jahres betrug die Arbeitslosenquote in den USA fast 9,8 Prozent.

Im Vergleich zu den Vorkrisenjahren ist dies ein hoher Wert. Immerhin wurden in den ersten Monaten dieses Jahres insgesamt rund 1 Million neue Jobs geschaffen – ein kleiner Hoffnungsschimmer.

• **Öffentliche Haushalte.** Das Konjunkturpaket, das die Regierung Obama gegen die Krise geschnürt hat, sowie die weiter steigenden öffentlichen Ausgaben haben ein gigantisches Loch in den Staatssäckel gerissen. In diesem Jahr dürfte das Budgetdefizit nach Schätzungen der OECD bei fast 11 Prozent des BIP liegen.

Betrag der Schuldenstand im Jahr 2000 noch rund 55 Prozent des US-BIP, wird er in diesem Jahr wohl auf fast 90 Prozent klettern. Zum Vergleich: In Deutschland sind es laut OECD rund 80 Prozent.

Die wirtschaftlich also noch immer missliche Lage der USA haben die Experten der Deutschen Bundesbank zum

Anlass genommen, den derzeitigen Aufschwung mit früheren Erholungsphasen des Landes zu vergleichen. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Das Wachstum des realen BIP war von Mitte 2009 bis Mitte 2010 mit 3 1/4 Prozent deutlich schwächer als in früheren Erholungsphasen mit 5 Prozent.
- Wegen der Immobilienkrise konnten die Bauinvestitionen und der private Konsum nicht an vorherige Wachstumsimpulse anknüpfen.

Insgesamt kommen die Fachleute der Deutschen Bundesbank zu dem Schluss, dass das sogenannte Potenzialwachstum – also die langfristige Veränderung des BIP bei einer normalen Auslastung der Produktionskapazitäten – derzeit deutlich geringer ausfällt als in früheren Krisenzeiten.

Während die US-Potenzialwachstumsrate normalerweise auf rund 3 Prozent geschätzt wird, liegt sie derzeit bei etwa 1 3/4 Prozent.

Setzt sich diese Entwicklung fort, kommen auf die USA harte Zeiten zu. Ein mittelfristig nur niedriges Wachstum würde viele Probleme wie die hohe Verschuldung über einen längeren Zeitraum zementieren.

Verständlich also, dass Präsident Obama versucht, durch politische Maßnahmen – etwa ein weiteres Konjunkturpaket – die Wirtschaft zu stärken. Doch genau hier offenbart sich das aktuelle Dilemma: Einerseits will Obama das Land möglichst schnell aus der Krise führen, andererseits sind die meisten US-Bürger geradezu empört, wenn sich der Staat in die Wirtschaft einmisch.

TV-Politiksendungen

Viel Geld, wenig Zuschauer

Politikmagazine haben es im deutschen Fernsehen noch schwerer als politische Talkshows. Bislang finden weder die öffentlich-rechtlichen noch die privaten Sender ein Rezept gegen die bröckelnden Zuschauerzahlen.

Mit der Verpflichtung von RTL-Publikumsliebhaber Günther Jauch versucht die ARD einen Befreiungsschlag: Der beliebteste Deutsche soll künftig als Nachfolger von Anne Will die politische ARD-Talkshow am Sonntagabend moderieren – und so neue Zuschauerkreise für den Schlagabtausch gewinnen.

Das wird auch höchste Zeit, denn Klassenprimus „Anne Will“ ist von 4,1 Millionen Zuschauern im Jahr 2007 auf 3,8 Millionen Zuschauer im vergangenen Jahr abgerutscht. Die meisten anderen Politik-Talks dümpeln ebenfalls vor sich hin, haben sinkende oder zumindest stagnierende Zuschauerzahlen.

Noch stärker trifft das Problem allerdings die Politikmagazine von ARD und ZDF: Mit bis zu 7 Millionen Zuschauern hatten Sendungen wie „Panorama“ und „Report“ in den 80er und 90er Jahren höhere Einschaltquoten als viele Unterhaltungssendungen heute. Entsprechend groß war ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung. Doch im Laufe der Zeit mussten die Sendungen viele Zuschauer ziehen lassen.

Die Hauptursache dafür ist das immer größere Programmangebot durch private

Voll- und Spartenprogramme seit Mitte der 90er Jahre. Das größere Angebot an „leichter“ Fernsehkost hat bei vielen TV-Guckern einen Unterhaltungsschlalom von Daily Soap zu Daily Soap und von Quizsendung zu Quizsendung zur Folge – viel Zeit für politische Sendungen bleibt da nicht mehr.

Besonders die ARD-Magazine haben mit der neuen Konkurrenz zu kämpfen. Denn sie firmieren nicht nur unter sechs unterschiedlichen „Marken“ – Panorama, Monitor, Kontraste, Fakt, Report Mainz und Report München –, sondern müssen sich mit Montag und Donnerstag auch zwei Sendeplätze teilen. Entsprechend schwer fällt es ihnen, sich in den Köpfen der Zuschauer einzuprägen. Selbst Reformen, mit denen die Sendelänge um 15 auf 30 Minuten gekürzt und Sendetermine verschoben wurden, konnten den Zuschauerschwund nicht stoppen.

„Frontal 21“ vom ZDF hat es da noch etwas leichter: Es ist das einzige Politikmagazin des Senders. Bereits seit 1993 wird es dienstags um 21.00 Uhr für 45 Minuten ausgestrahlt. Und doch bröckeln auch hier die Quoten:

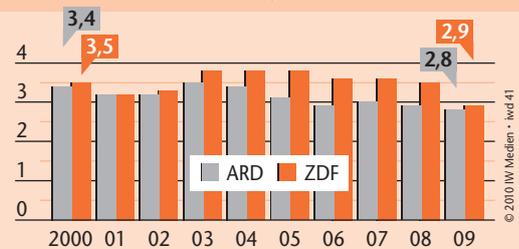
„Frontal 21“ hat seit dem Jahr 2000 rund 600.000 Zuschauer verloren und damit die 3-Millionen-Grenze unterschritten.

Aber nicht nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk, sondern auch die Privatsender sind von dem Negativ-Trend betroffen: „Spiegel TV“ hat seit der Jahrtausendwende rund 360.000 Zuschauer eingebüßt – im Jahr 2009 schalteten im Schnitt nur noch knapp 2 Millionen ein.

An den finanziellen Möglichkeiten der Politikmagazine kann die mangelnde Akzeptanz bei den Zuschauern allerdings nicht liegen:

TV-Politikmagazine: Zuschauer schalten ab

So viele Millionen Zuschauer ab 3 Jahren sahen durchschnittlich die Politikmagazine dieser Sender



Im Durchschnitt sahen so viele Millionen Zuschauer eines der folgenden Politikmagazine der ARD. Diese wechseln sich allerdings auf lediglich zwei Sendeplätzen ab.

	1993	2009		1993	2009
Monitor	4,8	3,0	Kontraste	4,0	2,8
Panorama	4,3	3,2	Report Mainz	4,1	2,7
Report München	4,2	2,9	Fakt	3,3	2,5

Report Mainz: 1993 Report Baden-Baden; 1993: erstes Halbjahr, Zuschauer ab 6 Jahren; 2009: Zuschauer ab 3 Jahren
Quellen: Medienspiegel, GfK, Media Perspektiven

ARD: Panorama, Monitor, Kontraste, Fakt, Report Mainz, Report München; ZDF: Frontal 21
Ursprungsdaten: Media Perspektiven

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Während selbst „Anne Will“, die teuerste politische Talkshow, mit knapp 3.200 Euro pro Sendeminute auskommen muss, stehen den ARD-Magazinen bis zu 5.000 Euro zur Verfügung.

„Fakt“ ist das preiswerteste Magazin – jede Minute kostet laut der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten 3.284 Euro. „Monitor“ produziert mit 5.009 Euro je Sendeminute am teuersten.

Doch im Zeitalter der seichten und trashigen TV-Unterhaltung garantieren selbst Geld und journalistische Qualität keine guten Quoten. Ganz im Gegenteil: Viele Politikmagazine haben die psychologisch wichtige 3-Millionen-Grenze bei den Zuschauerzahlen längst unterschritten (Grafik). Die Möglichkeit, dass Politikmagazine, aber auch politische Talkshows zu Minderheitenprogrammen werden, ist also nicht mehr von der Hand zu weisen – man darf gespannt sein, ob die Allzweckwaffe Günther Jauch daran etwas ändern kann.

Für Adressaufkleber